

11.15

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ): Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Abgeordnetenkollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren vor den Fernsehgeräten! Der Philosoph und Wissenschaftsjournalist Alexander Grau hat vor wenigen Tagen im Magazin „Cicero“ Folgendes geschrieben (*Ruf bei der ÖVP: Ui!*) – ich zitiere –: „Denn die EU und Europa sind zwei verschiedene Dinge. Deshalb kann man auch die EU kritisieren, ohne ein Kritiker Europas zu sein, oder man kann aus der EU austreten, ohne sich dabei von Europa und seinen Traditionen loszusagen.“ (*Abg. Höfinger: Na sehr schlau!*)

Ja, Herr Bundeskanzler Kern, in der Schweiz fühlen sich 100 Prozent der Schweizer Bevölkerung als Europäer – ohne Mitglied der Europäischen Union zu sein. Und ja, auch die Briten fühlen sich als Europäer, auch wenn sie sich – nicht Populisten, sondern das Volk – im Rahmen einer direktdemokratischen Entscheidung mehrheitlich für einen Austritt ausgesprochen haben. – Das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen.

Ich sage, die Problematik, die sich ergibt, ist leider jene, dass man den demokratischen Weckruf, der da erfolgt ist, nicht versteht, sondern weitertut wie bisher. Die Verantwortlichen dieser Entscheidung in Großbritannien sind ja in Wirklichkeit Juncker, Schulz, Merkel und Co. (*Beifall bei der FPÖ.*) Dort sollte man ansetzen, man sollte eigentlich diese Verantwortlichen entsprechend namhaft machen. Ich frage mich, wann diese Herrschaften zurücktreten werden. Die haben ja eine Destabilisierung Europas zu verantworten, und die haben auch die große Frustration der Bevölkerungen quer durch Europa zu verantworten, die sich ja nicht nur auf Großbritannien beschränkt.

Seit geraumer Zeit haben die Briten – auch damit muss man ja ehrlich umgehen – immer einen Fuß außerhalb der Europäischen Union gehabt. So zu tun, als wäre das nicht der Fall gewesen, ist ja auch abseits der Realität. Man soll da jetzt keine Panikmache betreiben, das sagt auch Grau: „Die überdrehte und bisweilen hysterische Reaktion auf den Ausgang des britischen Referendums macht deutlich, dass vielen Politikern und nicht wenigen Medienvertretern die Fähigkeit abhanden gekommen ist, zwischen Europa und der EU zu unterscheiden.“

Ich sage, es bringt ja auch nichts, mit dieser Hysterie und Panikmache weiterzutun. Die Briten werden weiter Mitglied des EWR bleiben, sie werden auch weiter mit uns Handel betreiben und Handelsabkommen schließen. Es wird einen geordneten Prozess geben, der sich über einen längeren Zeitraum hinziehen wird, bis man dann nach

gemeinsamen Verhandlungen hoffentlich ein gutes Ergebnis erzielen wird und die Nachteile für beide Seiten so gut wie möglich ausgleicht. Das wird die Realität sein.

Wenn man aber nicht dazulernt und wenn man jetzt nicht versteht, was der Wunsch von immer mehr Bürgern Europas ist – nämlich nicht die Fehlentwicklung des europäischen Projekts in Richtung eines zentralistischen, völlig abgehobenen europäischen Bundesstaats fortzusetzen, sondern sich wieder auf dieses Gründerväterprojekt einer europäischen Wirtschaftsunion zu besinnen –, na dann wird es wahrscheinlich weitere Länder, wie Holland und andere, geben, die sagen: Da wollen und können wir nicht länger dabei sein! (*Zwischenruf des Abg. **Walser.***)

Genau deshalb geht es jetzt auch darum, Europa zu erneuern und Reformen eines bürgernahen Europas, eines neuen Europas anzudenken, sich auch der Gründerväter zu besinnen und eben nicht den Fehler zu machen, den man auch hier auf der Regierungsbank wieder heraushören konnte, zu sagen: Alles bestens, alles in Ordnung, die Briten haben es nur nicht verstanden! (*Abg. **Lopatka:** Das hat niemand gesagt, Entschuldigung! – Abg. **Amon:** Zuhören! – Abg. **Fekter:** Die negativen Folgen wollen Sie nicht wissen! – Abg. **Walter Rosenkranz:** Sinnerfassend hören!*)

Das ist genau das Grundproblem, und deshalb möchte ich natürlich auch eines klar festhalten, weil das immer wieder auch in der Debatte und Diskussion in Österreich falsch dargestellt wird: Wir Freiheitliche sind nicht gegen Europa. Nein, wir sind Europäer als Österreicher. Wir stehen zu Europa, und wir wollen ein neues, reformiertes, bürgernahes Europa als Wirtschaftsunion letztlich auch sicherstellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Genau darum geht es: sich auf die Wirtschaftszusammenarbeit zu besinnen und nicht den Fehler zu machen, ein politisch zentralistisches bundesstaatliches Projekt daraus zu entwickeln, in dem alle möglichen Dinge – von den Traktorsitzen bis hin zur Gurkenkrümmung – verordnet, zwangsverordnet werden müssen, während man es bis heute aber nicht geschafft hat, ein gemeinsames Sicherheitspaket in Europa umzusetzen, wenn es um Atomkraftwerke geht.

Ich sage, es braucht daher ein gemeinsames europäisches Verständnis im Sinne einer europäischen Zusammenarbeit, aber nicht im Sinne einer von wesentlichen Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Frankreich, Holland oder auch Irland abgelehnten Zentralregierung als europäische Unionsverfassung.

Europa ist für uns die Summe der Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Nationalitäten, unterschiedlichster Kulturen, unterschiedlichster ökonomischer Systeme. Die Stärke Europas liegt doch gerade in der Vielfalt der europäischen Völker

und Bürger und nicht darin, dass man krampfhaft versucht, alles sozusagen auf eine Gleichmacherei herunterzupressen. Ich denke, das ist auch die Botschaft, die man aus Großbritannien heraus verstehen muss.

Der Brexit ist nicht von ungefähr gekommen, sondern zeigt die tiefe Krise, in der sich die Europäische Union befindet. Man kann Europa lieben, muss aber kein Liebhaber der EU-Bürokraten sein. Ja, da gibt es unglaubliche Fehlentwicklungen und Abgehobenheiten. Das sehen wir auch teilweise daran, wie Herr Juncker sich benimmt, indem er Staatschefs als Diktatoren bezeichnet und Leuten beim Vorbeigehen eine Tachtel gibt und andere Dinge. Da kann man sich nur wundern, welche Persönlichkeiten das sind und warum da nicht schon längst gehandelt wurde und entsprechende Konsequenzen verlangt worden sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Natürlich muss man erkennen, wenn man mit diesem fehlentwickelten zentralistischen Gehabe fortfährt, wird das natürlich auch zu weiterem Unmut führen. Und natürlich waren auch die falsche Migrationspolitik und die Völkerwanderung im letzten Jahr maßgeblich schuld an der Frustration der Briten; keine Frage. Wer hat das ausgelöst? – Das war unter anderem Frau Merkel mit kräftiger Unterstützung des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann. Das muss man einfach klar und deutlich beim Namen nennen. Da haben diese Herrschaften mit ihrem Verhalten Europa durch eine unverantwortliche Einladungs- und Willkommenspolitik destabilisiert und glauben dann – und das glaubt offenbar auch Herr Kern –, dass die anderen europäischen Länder Hurra schreien. Diese sagen aber: Eure fehlerhafte Politik sollen wir jetzt ausbaden und eure Destabilisierung sozusagen abfedern, indem die Europäische Union uns quasi Zwangszuweisungen verordnet *(Zwischenruf des Abg. Pirkhuber)*, am besten von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen und oftmals leider nicht aus Gründen der Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention zugewandert sind?! *(Zwischenruf des Abg. Matznetter.)*

Zu Recht fragen sich etwa auch die Griechen, wohin die Querfinanzierungen gegangen sind. Das waren übrigens auch Vertragsbrüche der Europäischen Union; ich erinnere an den Maastricht-Vertrag, in dem definitiv festgehalten wurde, keine Schuldenunion zu werden. Dann bricht man die eigenen gesetzlichen Vorgaben, nimmt sich selbst nicht ernst und glaubt, dass einen die europäischen Bürger auf Dauer noch ernst nehmen werden. In Wirklichkeit sind diese Querfinanzierungen gar nicht nach Griechenland geflossen, und bei der Bevölkerung sind sie auch nicht angekommen. Kein Wunder, wenn dann in unterschiedlichsten Bereichen, aber auch in Griechenland die Stimmung gekippt ist! Da darf man schon daran erinnern, dass auch die Europäische Union selbst den Griechen den Grexit angedroht hat.

Man soll jetzt bei Großbritannien keine künstliche Panik herbeireden. Da werden wir in Geduld und in Ruhe abwarten, wie es sich wirklich entwickelt, denn es gibt viele Ökonomen, die ganz andere Entwicklungen vorhersehen, als Sie das heute getan haben.

Ich sage, wir haben natürlich auch ein extremes Nord-Süd-Gefälle in der Europäischen Union. Und wir haben durch den Euro Probleme geschaffen, die wir noch lange nicht bewältigt haben. Wir haben heute durch das Nord-Süd-Gefälle natürlich auch eine Entwicklung, dass Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal und auch Italien systemische Verarmung und eine Schuldenfalle erleben, während die Nettozahler südeuropäischen Ländern, die den Kriterien nicht entsprechen können, letztlich immer wieder mit Rettungsschirmen zur Seite stehen müssen. Das wird so auf Dauer nicht funktionieren, und da sind wir noch lange nicht beim Ende des Problems angekommen.

Wenn jetzt Großbritannien den Austritt vollzieht und infolgedessen nicht mehr jährlich einen Nettobeitrag in Höhe von 5,4 Milliarden € zahlen wird, dann wird auch die Frage zu stellen sein: Wer wird diesen Ausfall zahlen – oder wird die Europäische Union endlich einmal entsprechend bei sich selbst ansetzen und nicht die Beiträge bei den anderen Nettobeitragszahlern erhöhen? Das ist auch etwas, das man offen debattieren muss. (*Abg. Matznetter: Könnten Sie ein bisschen lauter reden?*) Natürlich ist es kein Wunder, dass bei den Nettozahlern immer mehr Frustration auftritt. Und es ist abstoßend, wenn man rituelle Wählerbeschimpfung erlebt, wie sie nach dem Brexit stattgefunden hat, indem man die Wähler in Großbritannien beleidigt hat. Das ist ungehörig und auch schäbig, wie man das teilweise auch in der veröffentlichten Meinung wahrnehmen musste. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Wähler ist der Souverän und hat letztlich auch die Entscheidung getroffen. Das ist zu respektieren und zu akzeptieren. Es war in Wirklichkeit die Mittelschicht, die dort mit Mehrheit die Entscheidung getroffen hat. Die überwiegende Mehrheit der Jungen ist nämlich gar nicht zur Abstimmung gegangen – weil das auch immer falsch dargestellt worden ist –, und bei den ab 45-Jährigen war eine klare Mehrheit für den Austritt. Es war in der Regel die Mittelschicht, die sich mehrheitlich für den Austritt ausgesprochen hat. (*Präsident Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

Zum Abschluss: EU-kritisch ist nicht EU-feindlich und schon gar nicht antieuropäisch, und wenn aus diesem demokratischen Weckruf des Brexit nicht die richtigen Lektionen gelernt werden, dann muss man befürchten, dass weitere Länder folgen. Ich hoffe, man lernt daraus. Wir werden **alles** unternehmen (*ironische Heiterkeit des Abg. Öllinger*), damit man endlich aufwacht und die richtigen bürgernahen Reformen in der

Europäischen Union endlich umzusetzen und ernst zu nehmen beginnt. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg. Wittmann: Sehr kleinlaut war das, sehr kleinlaut!*)

11.26

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster gelangt Herr Klubobmann Mag. Schieder zu Wort. – Bitte.